

FDP: Bund muss Verhütungsmittel zahlen

Kreistagsfraktionssprecher Breiter schlägt Finanzierung über Härtefallkatalog vor

OLDENBURG - Die Verhütung von Schwangerschaften ist für Ostholsteins Liberale ein "ernsthaftes Problem", zumal die gesetzlichen Krankenkassen viele junge Frauen damit allein sitzen lassen. Der FDP-Kreispolitiker Manfred Breiter aus Oldenburg deutete gegenüber der Presse an, dass seine Kreistagsfraktion bereit sei, über die Kostenübernahme von Verhütungsmitteln für Hartz-IV-Bezieherinnen zu reden. Eine solche Kostenübernahme dürfe allerdings nicht zu Lasten des Kreises gehen.

In seiner Pressemitteilung warnte Breiter davor, die Kosten von Schwangerschaftsverhütung

gen einer oberflächlichen Betrachtung zu unterziehen. Der Fraktionssprecher: "Es ist offensichtlich, dass sich Frauen, zum Beispiel im Arbeitslosengeld-II-Bezug, viele der üblichen Verhütungsmittel nicht leisten können." Die mögliche Folge: Es komme "vermehrt zu ungewollten Schwangerschaften, die nicht nur dem Anspruch auf ein selbstbestimmtes Leben entgegenstehen, sondern auch noch teuer" würden.

Die Ostholsteiner FDP sei deshalb an einer grundsätzlichen Lösung dieses Problems interessiert. Über ihre Parteivertretungen in Bundes- und Landesgre-

mien wollen die Politiker versuchen, zu einer sachgerechten Regelung beizutragen. Es geht darum, Frauen vom 21. Lebensjahr an den Zugang zu Verhütungsmitteln im Bedarfsfall finanziell zu ermöglichen. Dabei sehen die Liberalen den Bund in der Pflicht. Die erforderlichen Hilfen könnten nach Ansicht Breiters in den geplanten Härtefallkatalog für Bezieher von Leistungen nach den Sozialgesetzbüchern II und XII aufgenommen werden. Den Kreisen, so betonte Breiter, dürften diese Kosten nicht aufgebürdet werden: "Ostholstein steht finanziell mit dem Rücken zur Wand." mf